

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1831/2023**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 28.11.2023

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
 Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### Betreff:

**Aufklärung zum Existenzrecht Israels und über Gründe der deutschen Staatsräson  
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2023 -**

### Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und in Abstimmung mit dem Land Hessen zur Verteilung in Flüchtlingsunterkünften mehrsprachige Broschüren zum Existenzrecht Israels, dem Nahost-Konflikt und der historischen Verantwortung Deutschlands erstellen zu lassen. Diese Broschüren sollten in allen zur Erreichung der o.g. Ziele notwendigen Sprachen verfasst werden.“

### Begründung:

Gießen setzt sich gegen Antisemitismus sowie gegen Rassismus in unserer Stadt ein. Zahlreiche Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus und zur Aufklärungsarbeit sind in Gießen bereits verwurzelt. Das friedliche interreligiöse und interkulturelle Zusammenleben hat in unserer Stadt einen festen Platz und basiert auf gegenseitigem Respekt, Kenntnis übereinander und Akzeptanz verschiedener Sichtweisen. Neben Bekundungen und Positionierungen muss auch konkretes Handeln der Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten folgen.

Klaus Peter Möller  
 Fraktionsvorsitzender